

13
84

Union in Deutschland

Bonn, den 12. April 1984

Frühjahrszahlen belegen es:

Die Konjunktur läuft

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, die sich bereits im letzten Jahr abzeichnete, hat sich inzwischen verstärkt und immer mehr zu einem Aufschwung entwickelt, der sich selbst trägt. Die Belebung der Investitionstätigkeit im Unternehmensbereich, aber auch die Nachfrage der privaten Haushalte, die Auslastung der Produktionskapazitäten und vor allem die Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt signalisieren den Aufschwung. Umfragen in der Wirtschaft belegen, daß die Unternehmen ihre Geschäfts-
lage schon lange nicht mehr so günstig beurteilt haben wie zu Beginn dieses Jahres.

Das wirtschaftliche Wachstum nimmt stärker zu als ursprünglich erwartet: Wurde für 1983 zunächst nur mit einem Stillstand gerechnet, so wurde tatsächlich ein Wachstum von mehr als einem Prozent erreicht. Für 1984 schätzten Fachleute zu Beginn des Jahres ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent; heute wird auch ein Wachstum von 3,0 bis 3,5 Prozent für durchaus wahrscheinlich gehalten. Nach zweijähriger Talfahrt haben wir also endlich wieder wirtschaftliches Wachstum. Die Preissteigerungsrate hat sich seit dem Regierungswechsel nahezu halbiert. Sie sank

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ UMFRAGE

35-Stunden-Woche:
73 Prozent sind dagegen Seite 3

■ EUROPA

Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche (EKD) zu den Wahlen zum Europäischen Parlament

Die Sozialisten — Bremsklotz für Europa

EVP-Kongreß in Rom:
Die Europäische Union schaffen Seite 5—8

■ BERLIN

Der saure Apel Seite 9

■ BUNDESTAG

Wohnungsmarkt
im Umbruch — Mietenentwicklung
in ruhigen Bahnen
Wohngeld wird erhöht Seite 11—12

■ BUNDESBAHN

Die Weichen für eine
bessere Zukunft der Bahn
sind gestellt Seite 13

■ BUNDESPARTEI

CDU ehrt Kurt Georg Kiesinger
Seite 15

■ DOKUMENTATION

Leitlinien zur Jugendhilfe
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

von 5,3 Prozent im Jahr 1982 auf 3,0 Prozent im Jahresdurchschnitt 1983. Stabile Kosten und stabile Preise sind die beste Grundlage für wirtschaftliche Dynamik. Die Halbierung der Inflationsrate bedeutet annähernd 30 Milliarden Mark mehr Kaufkraft für die deutschen Arbeitnehmer, Rentner und Verbraucher.

Die Auftragseingänge in der Wirtschaft sind in den ersten Monaten 1984 weiter gestiegen. Im Januar und Februar 1984 haben die Bestellungen im verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr um real 10,5 Prozent zugenommen. Die Auslandsaufträge lagen sogar um 17,5 Prozent höher als vor einem Jahr. Die inländische Nachfrage nahm zur gleichen Zeit um sieben Prozent zu.

Auch die Belebung der Produktion hat angedhalten. Besonders positiv ist zu werten, daß sich diese Entwicklung auf immer mehr Wirtschaftszweige erstreckt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde im Januar und Februar 1984 die Produktion im verarbeitenden und produzierenden Gewerbe um 7,5 Prozent ausgeweitet. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe nahm sie sogar um 11 Prozent zu, im Bauhauptgewerbe um 15 Prozent.

Auch der Außenhandel hat kräftig zugenommen. Der entsprechende Vorjahresstand wurde im Januar bei den Ausfuhren um 13 Prozent und bei den Einfuhren um 17 Prozent übertroffen. Mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung ist schon angesichts des starken Auftragsschubs zu rechnen, den deutsche Unternehmen in den letzten Monaten aus dem Ausland registrieren. Vor allem das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe hat seine Ausfuhr kräftig erhöht. Auch das Verbrauchsgütergewerbe konnte aufgrund der konjunkturellen Belebung auf wichtigen Exportmärkten mehr absetzen.

Die in den letzten Jahren sprunghaft gestiegene Zahl von Firmenzusammenbrüchen konnte 1983 gestoppt werden. Gleichzeitig ist die Zahl der Existenzgründungen stark angewachsen. 1983 förderte allein die Lastenausgleichsbank insgesamt 16500 Gründungsvorhaben mit einem Fördervolumen von 1,3 Milliarden Mark. Durch die Finanzierungshilfen der Bank wurden allein im letzten Jahr 8000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Auch zu Beginn dieses Jahres ist die Nachfrage nach dem Programm weiterhin stark angestiegen. Alleine in den beiden ersten Monaten 1984 sind 7000 Anträge auf Existenzgründungsdarlehen aus BRP-Mitteln und auf Eigenkapitalhilfe gestellt worden, das sind 2100 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Im März ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland um 143000 oder 6 Prozent auf rund 2,393 Millionen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote betrug 9,6 Prozent gegenüber 10,2 Prozent im Februar. Im März gab es 175000 arbeitslose Jugendliche, 14 Prozent weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich von Februar auf März um 25900 oder vier Prozent. Rückläufig war die Arbeitslosigkeit auch bei den ausländischen Arbeitnehmern: 293200 Ausländer waren arbeitslos gemeldet, sechs Prozent weniger als vor einem Jahr. Der Bestand an offenen Stellen betrug Ende März 93300; dies waren 14 Prozent mehr als vor Jahresfrist.

Der erfreulich starke Rückgang der Arbeitslosenzahlen im März ist ein Beleg dafür, daß die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung weiter an Kraft gewonnen hat. Der deutliche Anstieg bei den offenen Stellen gegenüber dem Vormonat zeigt, daß der Arbeitsmarkt nicht nur Impulse von der Wiederaufnahme der Außenarbeiter bekommen hat, sondern daß sich die Auftriebskräfte insgesamt stabilisieren.

Umfrage der „Forschungsgruppe Wahlen“:

35 Stunden: 73 Prozent dagegen

Fast drei Viertel der erwachsenen Deutschen (73 Prozent) lehnen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ab. Gut ein Viertel (26,2 Prozent) ist dafür, 0,8 Prozent haben dazu keine Meinung.

Das ergab eine Umfrage der Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen“ im Auftrag des ZDF im März.

Bis auf die Grünen sind Anhänger aller Parteien mehrheitlich gegen die 35-Stunden-Woche: Bei den CDU/CSU-Wählern sind es 90,1 Prozent, bei SPD-Wählern 62,3 Prozent, bei FDP-Wählern 88,4 Prozent. Nur die Wähler der Grünen sind mit Dreiviertelmehrheit für 35 Stunden.

Dazu schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung: *Es ist keine Überraschung, daß die deutsche Bevölkerung die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ablehnt. Aber erstaunlich ist, wie geschlossen sie dieses Ansinnen einiger Gewerkschaften zurückweist. Die Ablehnung hat sich in den letzten Wochen sogar noch verstärkt. Aus Umfragen der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen geht hervor, daß sich im Februar 70,5 Prozent, im März sogar 73 Prozent der Bevölkerung gegen eine Wochenarbeitszeit von 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich aussprachen. Dafür stimmten im Februar nur 29,5 Prozent, im März sogar nur 26,2 Prozent. Es gibt nur ganz wenige politische Streitfragen von Bedeutung, bei denen sich eine Dreiviertelmehrheit findet. Wenn sich eine so starke Majorität ergibt, deutet das auf einen Konsens hin, der über Parteidgrenzen hinwegreicht. Und in der Tat lehnen nicht nur die Anhänger von CDU/CSU und FDP, sondern auch knappe zwei Drittel der SPD-Wähler die 35-Stunden-Woche ab. Auch die große Mehrheit der Arbeiter befürchtet, daß die pauschale Verringerung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich Arbeitsplätze gefährdet.*

Jetzt gilt es, den wirtschaftlichen Aufschwung nicht durch überzogene Forderungen zu gefährden. In der jetzigen Lage ist die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich Gift für die deutsche Wirtschaft. Denn eine solche drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde die Lohnkosten der Unternehmen stark erhöhen, sie würde deutsche Waren verteuern und ih-

ren Absatz im In- und Ausland erschweren. Fast alle Fachleute befürchten, daß eine solche Kostensteigerung den Wirtschaftsaufschwung schlagartig abbrechen würde, der sich jetzt auf breiter Front durchgesetzt hat und erstmals seit Jahren Entlastung für den Arbeitsmarkt bringt. Ein neuer wirtschaftlicher Einbruch läge aber weder im Interesse der Arbeitnehmer noch der Arbeitslosen.

■ HOCHSCHULEN

RCDS-Brief an Glotz: Jusos und Kommunisten Hand in Hand

Der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Franz Dormann, hat an den Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Peter Glotz, zur Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Kommunisten folgenden offenen Brief geschrieben, in dem es u. a. heißt:

Sehr geehrter Herr Dr. Glotz, anlässlich der Diskussionen über die Position und den Standort der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wieder angefacht durch die Märzausgabe Ihrer Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“, behaupten Sie, daß die SPD das Verhältnis zum Kommunismus eindeutig geklärt hätte und nicht noch ein zusätzliches Maß an antikommunistischen Überzeugungen bedarf. Sie weisen in diesem Zusammenhang auf einen Unvereinbarkeitsbeschuß der SPD hin, der besagt, daß es eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten nicht geben darf.

Ich möchte Ihr Augenmerk auf einen Bereich lenken, wo gegen diesen Beschuß täglich, und das seit vielen Jahren, verstößen wird. Das ist die Zusammenarbeit, die offene Aktionsgemeinschaft der Jungsozialisten Hochschulgruppen mit dem Marxistischen Studentenbund Spartakus. Es ist bezeichnend, daß bereits Frau Wieczorek-Zeul, in ihrer Eigenschaft als ehemalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, gesagt hat: „Ich koaliere lieber mit dem Spartakus als mit dem RCDS.“

In den meisten Studentenvertretungen arbeiten heute Sozialdemokraten mit Kommunisten zusammen, um nur einige Beispiele zu nennen: Bonn, Bielefeld, Paderborn, Dortmund, Essen, Duisburg, Fachhochschule Köln, Göttingen, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen. Ich halte dies für unerträglich.

Ihr Studentenverband, die Jungsozialisten Hochschulgruppen, ist dafür verantwortlich, daß eine eindeutige Minorität, die orthodox-kommunistischen und anderen marxistischen Studentengruppen die meisten bundesdeutschen Studentenvertretungen und Allgemeinen Studentenausschüsse majorisieren. An den meisten Hochschulen könnte durch eine Zusammenarbeit zwischen Jungsozialisten, dem RCDS und anderen demokratischen Hochschulgruppen eine stabile demokratische Mehrheit gebildet werden. Sie sind mit dafür verantwortlich, daß die Jungsozialisten im Sinne einer wehrhaften Demokratie nicht mit demokratischen Studentenverbänden zusammenarbeiten.“

Hanna Neumeister als Präsidentin der Rheuma-Liga wiedergewählt

Für weitere vier Jahre hat die Mitgliederversammlung der Deutschen Rheuma-Liga die Hildesheimer CDU-Bundestagsabgeordnete Hanna Neumeister zur Präsidentin dieser Selbsthilfegemeinschaft rheumakranker Menschen wiedergewählt. In ihrem Jahresbericht für 1983 legte Frau Dr. Neumeister dar, daß die Mitgliederzahl der DRL im vergangenen Jahr um mehr als 36 Prozent auf über 41 000 gestiegen ist. Die Zahl der DRL-Beratungsstellen nahm 1983 um 31,5 Prozent auf 425 zu. Die Deutsche Rheuma-Liga versteht sich als Interessenvertretung von rund 3 Millionen schwer rheumakranken Bundesbürgern. Ihr gehören vor allem Patienten, aber auch Ärzte und Vertreter von Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern an.

Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu den Wahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984

Am 17. Juni 1984 wird zum zweiten Mal das Europäische Parlament direkt gewählt. Die Vorbereitungen der Wahl fallen in eine Zeit, in der sich die Europäische Gemeinschaft in einer Krise befindet. Auf vielen Gebieten stagniert die Zusammenarbeit. Die Probleme in der Landwirtschaft erscheinen kaum lösbar. Für andere Aufgaben der Gemeinschaft stehen keine ausreichenden Mittel zur Verfügung. Die Zahl der Arbeitslosen in den Mitgliedsländern ist nach wie vor hoch, und Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung sind nur in Teilbereichen erkennbar. Es herrscht Streit über die Beiträge der Mitgliedstaaten. Es ist verständlich, wenn manche Bürger nur geringes Interesse an der Europäischen Gemeinschaft und an den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erinnert an die Verantwortung der Christen für die Einigung Europas. Die Europäische Gemeinschaft wurde mit dem Ziel gegründet, die Völker unseres Kontinents nach zwei Weltkriegen zu einer tieferen Zusammenarbeit und zu friedlicher Nachbarschaft zu verpflichten. Das ist trotz aller Schwierigkeiten weitgehend gelungen. Darüber hinaus hat sich im Laufe der mehr als 30jährigen Geschichte der Gemeinschaft erwiesen, daß die Verantwortung der Europäer für die Völker der Dritten Welt besser von ihnen gemeinsam getragen wird. Wenn auch

nach wie vor die Grenze zwischen den weltpolitischen Machtblöcken mitten durch Europa verläuft, so ist dennoch die im Zusammenhang mit der Europäischen Gemeinschaft entwickelte europäische politische Zusammenarbeit zu einem stabilisierenden Faktor in den Ost-West-Beziehungen geworden. Dies darf wegen der gegenwärtigen krisenhaften Erscheinungen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Das vor fünf Jahren zum ersten Mal direkt gewählte Europäische Parlament ist für die in der Gemeinschaft bestehenden Schwierigkeiten nicht verantwortlich zu machen. Es hat sich nachdrücklich darum bemüht, sowohl innerhalb der europäischen Institutionen integrierend zu wirken als auch nach außen — zum Beispiel in seinem Eintreten für die Verwirklichung der Menschenrechte in der Welt — der Stimme Europas Geltung zu verschaffen. Daß es nicht mehr bewirken konnte, ist auf seine bescheidenen rechtlichen Möglichkeiten zurückzuführen. Die Vollmachten des Parlaments sollten daher erweitert werden.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bittet alle evangelischen Christen, am 17. Juni von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Nur ein Parlament, das mit einem eindrucksvollen Mandat seiner Wähler ausgestattet ist, wird sich gegen nationale Eigeninteressen der Mitgliedstaaten behaupten und seine Aufgaben erfüllen können.

Für das Gespräch mit den Kandidaten der politischen Parteien erinnert der Rat an

seine Forderungen, die er am 31. Oktober 1979 vor der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament erhoben hat und von denen hier einige noch einmal genannt werden:

— In der Europäischen Gemeinschaft müssen die verantwortlich Handelnden sich von den gemeinsamen Interessen aller Mitgliedstaaten leiten lassen und berechtigte nationale Ziele der einzelnen Mitgliedstaaten dazu in Bezug setzen. Das nationale Interesse ist so weit zu erhalten und so weit zu reduzieren, daß das Einzelinteresse im Gemeinschaftsinteresse bewahrt bleibt. Die Verantwortung für das Ganze sollte auch dann Vorrang haben, wenn nationale wirtschaftliche Interessen mit dem Wunsch eines noch außerhalb der Gemeinschaft stehenden europäischen Landes, Mitglied zu werden, in Konflikt geraten.

— Die wirtschaftliche und soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft müssen sich ergänzen. Das Ziel, die Effizienz der Volkswirtschaften zu steigern und ihr Wachstum zu fördern, ist mit der Notwendigkeit in Einklang zu bringen, dem einzelnen Menschen und gerade auch den schwächsten Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu dienen. Die europäische Politik muß darum insbesondere auf einen Abbau von Benachteiligungen unterprivilegierter Gruppen hinwirken.

— Ihre große Wirtschaftskraft verpflichtet die Europäische Gemeinschaft zu einer verantwortlichen Entwicklungspolitik. Dies gilt nicht nur im Verhältnis zu den Staaten, die früher einmal europäische Kolonialgebiete waren, sondern für alle Länder der Dritten Welt, die auf die Hilfe der Industriestaaten angewiesen sind.

— Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben in den letzten Jahren im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit gemeinsame Stellungnahmen zu Fragen der internationalen Politik ange-

Die Sozialisten – Bremsklotz für Europa

Auch wenige Wochen vor der zweiten europäischen Direktwahl spielen die Sozialisten den Bremsklotz für Europa. Sie stimmten im Europäischen Parlament — allen voran die deutschen SPD-Abgeordneten — gegen den sogenannten Herman-Bericht, einen Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung in Europa. Damit lehnen sie wirksame Anstrengungen zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit ab und wenden sich gegen technischen Fortschritt, gegen ein vereintes Europa. Die Sozialisten fallen Millionen europäischen Arbeitnehmern in den Rücken.

Denn der vom belgischen Christdemokraten Fernand Herman vorgelegte „Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung Europas“ bestätigt unmißverständlich: Wir werden den Strukturwandel nur dann meistern und damit die hohe Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen können, wenn die Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik in der EG besser aufeinander abgestimmt und in vielen Bereichen gemeinsam angelegt wird.

Als Ursache für die wirtschaftliche Krise nennt der Herman-Bericht unter anderem

strebt. Dieser Weg muß im Interesse des Friedens und der internationalen Verantwortung fortgesetzt werden. Trotz mancher Enttäuschungen sollte er auch die Bereitschaft zum Gespräch und zur Zusammenarbeit mit den Völkern Osteuropas einschließen. Die Europäische Gemeinschaft hat eine besondere Verantwortung für die Erhaltung des Friedens zwischen Ost und West, weil Europa durch die Spaltung der Welt in Machtblöcke besonders betroffen ist.

den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen, den Rückgang von produktiven Investitionen (insbesondere bei neuen Techniken) und die hohe Staatsverschuldung der EG-Mitgliedsländer. Zudem haben in der Vergangenheit die Regierungen zu oft nur nationalen Maßnahmen vertraut — mit dem Ergebnis: die Maßnahmen des einen Landes neutralisieren zum Teil die der anderen Länder und sind deshalb oft genug wirkungslos.

Bessere Abstimmung erforderlich

Um ein Gegeneinander zu verhindern, sollten in Zukunft die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Partnerstaaten besser aufeinander abgestimmt werden. Dies bedeutet auch: Länder mit hohen Inflationsraten müssen sich vermehrt bemühen, die Haushaltsdefizite unter Kontrolle zu bekommen und den Geldmengenzuwachs einzudämmen. Die Ausweitung der Geldmenge solle so zurückgeführt werden, daß die Inflationsraten auf weniger als vier Prozent sinken. Dies sei auch eine Voraussetzung für Zinssenkungen, die zusätzliche Investitionen ermöglichen. Die Tarifpartner werden aufgefordert, „eine Einkommensentwicklung zu gewährleisten, die die Vorbedingungen für den Aufschwung erfüllt“.

Im Herman-Bericht werden auch gemeinschaftliche Aktionen vorgeschlagen, so zum Beispiel: **Ausbau des Binnenmarktes.**

Die Behinderungen des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sollen abgebaut werden. Das Parlament fordert deshalb ein Fünfjahresprogramm zu Beseitigung der technischen Handelshemmisse und der Grenzkontrollen.

Integration der Kapitalmärkte, damit das hohe Sparaufkommen in der Gemein-

schaft (400 Milliarden ECU), das höher ist als in den Vereinigten Staaten von Amerika, mehr als bisher für Investitionen in Europa genutzt wird.

Stärkung des Europäischen Währungssystems, damit sich die schwankenden Wechselkurse nicht weiter auf die Produktionskosten und auf die Einnahmen der Unternehmen auswirken.

Verbesserung der gemeinsamen europäischen Forschungs- und Technologiepolitik.

Die Forschungsergebnisse in den Mitgliedsländern werden bisher nicht zufriedenstellend in die industrielle Entwicklung umgesetzt. Die vorwettbewerbliche Forschung soll deshalb koordiniert werden. Investitionen in neue Techniken sollen insbesondere im Umweltschutz und für eine sichere Energieversorgung gefördert werden. Außerdem wird gefordert, die Verbreitung neuer Techniken in Klein- und Mittelbetrieben zu unterstützen.

Dies sind Beispiele für das umfassende wirtschaftspolitische Konzept der Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament. Wir brauchen die europäische Einigung, und wir wollen sie ausbauen zur politischen Union Europas.

Von der SPD wenig Hilfe zu erwarten

Was die Sozialisten wollen, lehrt nicht nur ihr Verhalten im Europäischen Parlament, sondern auch die Geschichte: Die SPD wandte sich gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland in die EWG. Die SPD widersetzte sich einem europäischen Verteidigungsbündnis. Die SPD lehnt auch heute noch eine europäische Verfassung ab. Es ist bezeichnend, daß Willy Brandt ohne Widerspruch seiner Parteifreunde öffentlich bekunden kann, er sei schon immer gegen die Direktwahl zum Europäischen Parlament gewesen.

■ EVP-KONGRESS

Die Europäische Union schaffen

Vom 2. bis 4. April 1984 fand in Rom der fünfte Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) statt. Mit rund 500 Delegierten von elf christlich-demokratischen Parteien aus acht Ländern der Europäischen Gemeinschaft bildete der Kongreß den europäischen Wahlkampfaufklang der Christlichen Demokraten.

Unter dem Motto „Europa einigen für Frieden und Freiheit in Gerechtigkeit“ berieten die Delegierten drei Tage lang in großer Geschlossenheit die gemeinsamen politischen Grundlagen und Ziele. Der Kongreß zeigte einmal mehr: Nur die Christlichen Demokraten sind bereit, die Europäische Politische Union zu schaffen. Während die europäischen Sozialisten in der Europa-, der Sicherheits- und der Wirtschaftspolitik zerstritten sind, während der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Parteien in der EG, Joop den Uyl, die Einführung der 35-Stunden-Woche als Einstieg in die 25-Stunden-Woche fordert, tritt die Europäische Volkspartei einig und geschlossen für ein freies und vereintes Europa ein.

Das umfangreiche in Rom beschlossene „Aktionsprogramm der EVP für die 2. Wahlperiode des Europäischen Parlaments“ zeigt ein Maß an politischer Übereinstimmung, das in der europäischen Parteienlandschaft ohne Beispiel ist. In dem Beschuß heißt es u. a.: „Die Zusammenfassung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten in einer europäischen Strategie ist notwendig, wenn die einzelstaatlichen Bemühungen wirklich Erfolg haben sollen. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der EVP richtet sich vor allem auf den Ausbau und die Vollendung des Binnenmarktes, auf eine koordinierte

Umstrukturierung der Industrie und auf die Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche und Frauen. Wachstum, Entfaltung und Wohlstand dürfen nicht ausarten zu einem Raubbau an Natur und Umwelt. Der Schutz und die Besserung der natürlichen Lebensgrundlagen und -bestimmungen verlangen neben nationalen Anstrengungen zugleich eine integrierte Aktion der Europäischen Gemeinschaft, denn Umweltverschmutzung macht nicht halt an Staatsgrenzen.“

Im außen- und sicherheitspolitischen Teil des Aktionsprogramms erklärte die EVP: „Für die Christlichen Demokraten ist das Hauptziel eine Verringerung der Rüstung, insbesondere der Nuklearwaffen. Dabei muß die Sicherheit Europas gewährleistet bleiben. Verhandlungen mit diesem Ziel müssen zu einem gleichzeitigen, ausgewogenen und kontrollierbaren Abbau von Waffen und Streitkräften und zu einem möglichst niedrigen Rüstungsniveau führen. Eine stabile Regelung der Ost-West-Beziehungen ist letztlich ohne eine Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer umfassenden europäischen Friedensordnung nicht möglich. Berlin (West) ist Teil der Europäischen Gemeinschaft und bleibt ein Prüfstein für wirkliche Entspannung in Europa.“

Bundeskanzler Helmut Kohl setzte sich in Rom nachdrücklich für ein Europa der offenen Grenzen ein. Er warnte davor, über die gescheiterten EG-Gipfel von Athen und Brüssel zu „lamentieren“ oder in der Gemeinschaft „nach den Regeln des Pokers“ zu verhandeln. Alle EG-Partner müssen jetzt sagen, was sie politisch wollen und „ob sie alle das gleiche wollen“. Unter großem Beifall fügte Helmut Kohl hinzu: „Ich will ein politisches Europa.“

■ BERLIN

Der saure Apel

Mit einem „sauren Apel, der verzogenen Mundes den eigenen Parteifreunden bescheinigte, er wünsche nicht für dümmer gehalten zu werden, als er tatsächlich sei“ (Die Welt), endete die Nominierung Apels zum neuen Spitzenkandidaten der Berliner SPD auf einem Sonderparteitag am 31. März.

Nicht die unerwartet hohe Stimmenzahl für den Gegenkandidaten (80:159) war der Grund der Mißstimmung. Personennwettbewerb kann gewinnend wirken, wie die Nominierungsdiskussion um Eberhard Diepgen und Hanna-Renate Laurien gezeigt hat. Bei der SPD aber zeigte der Verlauf des Parteitages, daß Apel die Partei an einer traditionellen Rechts-Links-Bruchstelle polarisiert.

Nicht die Erwartung von Integration und sachbezogener, langfristiger Erneuerung hat die Mehrheit der SPD auf Apel setzen lassen, sondern die Illusion der schnellen Rückeroberung der Macht. Das ihr gewogene „Volksblatt“ hatte gewarnt: „Berlins Sozialdemokraten hätten sich bewußt Zeit für einen längerfristigen Anlauf zur Rückeroberung der Senatsstelle im Rathaus Schöneberg lassen sollen“. Die Mahnung war in den Wind gesprochen.

Die SPD will wieder an die Macht, doch sie kann nicht sagen wie. Während Eberhard Diepgen im kommenden Frühjahr um das Mandat für die Fortsetzung einer bewährten Koalition bitten kann, verweigert die SPD bei der Frage nach der Regierungsbildung die Aussage. Eher „stundenlang aufs Klosett sperren lassen“ (Apel im

„Spiegel“) will sich Apel, als seine Koalitionsabsichten zu nennen.

Zu dieser Flucht hat er Grund. Denn eine realistische und mehrheitsfähige Koalitionsaussage gibt es für ihn nicht.

— Mit einer FDP, die man vernichten will, kann man nicht koalieren.

— Die Aussage für eine Große Koalition würde wie ein Wahlauftruf für die CDU wirken.

— Die Absicht einer Zusammenarbeit mit der Alternativen Liste würde die Wähler vertreiben. Zu frisch haben die Berliner in Erinnerung, in welche Krise Mißwirtschaft der SPD und Gewaltstrategie der AL die Stadt gestürzt haben.

Da bleibt Apel nur eine Fluchttür: die absolute Mehrheit.

Wer sich an die schweren Wahlkämpfe erinnert, die die Union aus der Opposition heraus um die absolute Mehrheit führen mußte, weiß, wie unglaublich diese Aussage für die Berliner SPD bei ihrer Ausgangslage von 38 Prozent ist. Zutreffend wurde dieses Ziel in der Berliner Presse „eine läbliche, wenngleich etwas überirdische Absicht“ genannt (Morgenpost).

So sind, was immer Apels Überzeugung sein mag, die Weichen der Berliner SPD in Richtung hessischer Bahnhöfe gestellt, d. h. vor der Wahl „Dachlatten“, nach der Wahl Angebote an die AL. „Apel ist sicher der bessere Börner für Berlin als Ristock“, hat ein Mitglied der AL-Fraktion denn auch sogleich erkannt.

Es gibt Netze, in denen man sich selber fängt. Die strikte Weigerung Apels, eine

Koalitionsaussage zu machen, könne für ihn zu einem „Dilemma“ werden, merkt der „Tagesspiegel“ an, „denn die anderen Parteien werden ihn sicher ständig mit Bündnisfragen traktieren“. Täuschungen sind nur schwer wiederholbar.

Apel muß ahnen, wie gering seine Chancen sind. Ausgerechnet er, in dessen Zeit als Finanzminister die Staatsverschuldung im Bund von 69,4 auf 176,6 Milliarden DM stieg, nennt die mühsame Haushaltssolidierung des Bundes eine „sozialpolitische Schweinerei“ (Der Spiegel), für die er den Berliner Senat bei den Wahlen bücken lassen will.

Die Erfolge des Senats

Die Berliner Arbeitnehmer werden sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Sie wissen, wer die Stadt in die Krise geführt hat und wer sie schrittweise aus ihr herausführt. Die Beschäftigungs- und Industriepolitik des Senats hat gegriffen. Erfolge werden sichtbar.

— Bei der Arbeitslosigkeit hat sich Berlin vom 8. auf den 5. Platz unter den Bundesländern vorgearbeitet.

— Bisher hinkte Berlin im Aufschwung immer hinterher. Jetzt gehört es bei Auftragseingängen, Produktion und Export zu den Vorreitern der Konjunktur.

— Die Investitionen der Berliner Unternehmen steigen stärker als im Bundesdurchschnitt.

— Das Jahr 1983 brachte einen Rekord von 70 Unternehmensgründungen.

— Vor allem aber: Mit 40 800 Ausbildungsplätzen (7,7 Prozent Zuwachs 1983) legt Berlin Fundamente künftiger Beschäftigung.

Berlin befindet sich in einer „Aufbruchsstimmung“, stellt die FAZ fest. Ob Apel wirklich glaubt, die Arbeitnehmer wählen seinen Aufstieg und damit Berlins Abstieg?

Nervenkrieg im Luftkorridor

Der jetzt bekanntgewordene Druck, den die Sowjetunion auf die drei Westalliierten in der Ausübung ihrer Rechte in den drei Luftkorridoren von und nach Berlin ausübt, darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Denn es ist höchst bemerkenswert, daß die Sowjetunion plötzlich versucht, die Rechte der drei Westalliierten auf den einzige wirklich freien Zugangswegen nach Berlin zu beschneiden.

So werden, manchmal mehrmals am Tage, vom sowjetischen Vertreter in der — von allen vier Mächten betriebenen — Luftsicherheitszentrale in Berlin Manöver von sowjetischen Militärflugzeugen in den drei Luftkorridoren angekündigt, mit der Empfehlung an die Passagiermaschinen, auf andere Flughöhen, über 3000 Meter hinaus, auszuweichen. Und das, obwohl seinerzeit die Sowjetunion unrechtmäßig behauptet hatte, die maximale Obergrenze für die Passagiermaschinen seien 3000 Meter. Durch die Veränderung der Flughöhe werden die Passagiermaschinen zu einem steileren Landeanflug gezwungen, was unter Umständen Sicherheitsfragen aufwerfen kann. Außerdem ist es nach den vorliegenden Berichten zu bedrohlichen und sicherheitsgefährdenden Annaherungen von sowjetischen Militärflugzeugen an die Passagiermaschinen gekommen. Sowjetische Manöver haben in den drei Luftkorridoren und in der Berliner Luftkontrollzone nichts zu suchen. Jedes Zuiderhandeln durch den Kreml verstößt gegen die Entspannung.

Die Westalliierten, in ihrer Haltung zum freien Zugang in den Luftkorridoren immer dankenswert klar und fest, haben protestiert.

BUNDESTAG

Wohnungsmarkt im Umbruch – Mietenentwicklung in ruhigen Bahnen

Bei dem im Bundestag in der vergangenen Woche vorgelegten Mietenbericht 1983 konnte Wohnungsbauminister Schneider zufrieden feststellen: „Die Mietenentwicklung 1983 verläuft in ruhigen Bahnen.“ — Diese Aussage kann der SPD nicht ins politische Konzept passen, hatte sie doch noch vor Jahresfrist von Mietsteigerungen von 30 % und mehr gesprochen. Wenn der Mieterbund seinerzeit gar behauptete: „Mieter werden vogelfrei“, so ist er mit den vorgelegten Zahlen aus dem Mietenbericht eindeutig widerlegt.

Wenn im Jahre 1982 die Mietsteigerungsrate bei 5 % gelegen hatte, so betrug sie in den ersten zehn Monaten 1983 lediglich 5,3 %. Sie schwächte sich im Laufe des Jahres 1983 noch ab und lag im Dezember nur noch ca. 4,6 % über dem Wert vom Dezember 1982.

Durch das niedrige Ausgangsniveau im Altbaubestand stiegen hier in den ersten elf Monaten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes die Mieten um 6,4 %. Aber bereits im November 1983 trat eine Beruhigung ein, und die Steigerungsrate lag nur noch bei 6,1 %.

Die CDU/CSU fordert jetzt alle am Wohnungsbau Beteiligten auf, den Blick nach vorn zu richten, erklärte der wohnungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Dieter Kansy, in der Debatte. Unabhängig von der viel zitierten Bonner Wende befindet sich nämlich der Wohnungsmarkt in einer entscheidenden Umbruchsituation. Die Wirklichkeit des Mieten-

marktes hat die oft ideologisch geprägte Diskussion der Vergangenheit bereits eingeholt und überholt.

In weiten Bereichen ist die Vermietungssituation bereits ausgeglichen. Zur Vermeidung von Wohnungsleerständen müssen Mieten bereits zurückgenommen werden. Nur die Mieten im Sozialen Wohnungsbau steigen insbesondere durch den Abbau zeitlich begrenzter Subventionen, die im vergangenen Jahrzehnt reichlich gewährt worden sind. Dies ist ein hautnahes Beispiel dafür, was es heißt, Politik auf Pump zu machen. Was war das für ein seltsamer Sozialer Wohnungsbau? Junge Familien oder Familien, die wegen eines Arbeitsplatzwechsels umziehen mußten, wurden mit staatlicher Vermittlung in die teuersten Neubauten gesteckt, während in den älteren und preiswerten Beständen oft Mieter sitzen, die wirtschaftlich besser dastehen.

Wir begrüßen deswegen Überlegungen der Bundesregierung, im Sozialen Wohnungsbau eine Solidarmiete zuzulassen. Dies würde bedeuten, daß innerhalb eines bestimmten Gebietes ein Wohnungsunternehmen, das sowohl ältere preiswerte als auch neuere teure Sozialwohnungen hat, eine Mietannäherung — unter Brücksichtigung der Qualität — vornimmt, ohne daß dabei eine einzige Mark an zusätzlichen Mieteinkommen dem Unternehmen zufließt.

Angesichts der im Schnitt guten Wohnraumversorgung ist es im Rahmen der Haushaltskonsolidierung durchaus vertretbar, auch die den Wohnungsbau in verschiedener Weise begünstigenden staatlichen Hilfen zu reduzieren.

■ WOHN GELD

Wohngeldzahlungen werden erhöht

Nach dem 11. Wohngeld- und Mietenbericht haben Bund und Länder an 1,8 Millionen Wohngeldempfänger rund 2,6 Milliarden Wohngeld gezahlt. 93 % der Empfänger waren Mieter und 7 % erhielten als Eigentümer Lastenzuschuß; das ist 1 % der Eigentümerhaushalte.

Die konstante Höhe der Wohngeldausgaben zeigt, daß das Wohngeld seine soziale Funktion gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erfüllt. Die Wohngeldausgaben lagen im Berichtszeitraum allerdings um 43 % höher als 1980. Dies hat seinerzeit schon Finanzminister Lahnstein (SPD) veranlaßt, vom damaligen Bundeskanzler Schmidt eine Änderung des Wohngeldes mit dem Ziel der Einsparung von Leistungen zu fordern. Das seinerzeitige Kabinett konnte sich allerdings nicht zu einem Kurs der vernünftigen Haushaltsführung entschließen. Man entschied deshalb halbherzig, die Ausgabenentwicklung erst einmal zu beobachten.

Auch in diesem Fall führte das zögernde Handeln uns weiter auf den Weg in die hohe Staatsverschuldung. Mit dem 2. Haushaltsgesetz mußte die damalige Regierung schließlich eine Korrektur vornehmen, um den besorgniserregenden Höchststand der Wohngeldzahlungen einzudämmen, stellte MdB Hannelore Rönsch fest.

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung stellte die Wohngeldzahlungen auch für die künftigen Jahre sicher und nahm 1983 mit dem Haushaltsgesetz weitere Konsolidierungsmaßnahmen vor. Wenn die SPD auch jetzt wieder Anträge vorlegt, die statt auf eine Finanzpolitik der Ver-

nunft auf Expansion zielen, dann müssen wir diese ablehnen.

Wir wollen, daß das Wohngeld auf die persönlichen Verhältnisse des einzelnen Haushalts abgestellt ist.

Wir wollen, daß sich der Wohngeldempfänger auch in Zukunft auf die Hilfe des Staates verlassen kann.

Wir wollen, daß das Wohngeld auch in Zukunft seine Funktion der sozialen Absicherung des Wohnens nachkommen kann. Die Regierungsfraktionen haben deshalb die Bundesregierung aufgefordert, noch 1984 das Gesetzgebungsverfahren für die 6. Wohngeldnovelle zur Anpassung des Wohngeldes an die Entwicklung der Mieter und Einkommen einzuleiten.

Um die sich jetzt deutlich abzeichnende wirtschaftliche Stabilisierung nicht zu gefährden, soll die Anpassung zum Jahresbeginn 1986 erfolgen, da sich auch die Wohngeldzahlungen nur an der gesamtwirtschaftlichen Situation orientieren können.

Weiter wollen wir mit der 6. Novelle die zuschußfähigen Höchstbeträge für Mieten und Belastungen nicht mehr nach Gemeindegrößenklassen, sondern nach dem regionalen Mietenniveau veranschlagen, da es sich gezeigt hat, daß die Gemeindegröße kein hinreichend genaues Indiz für das örtliche Mietenniveau ist.

Auch soll bei der Einkommensermittlung grundsätzlich die für den Bearbeitungszeitraum zu erwartende Einnahme berücksichtigt werden, damit der Verwaltungsaufwand bei den Behörden verringert wird.

In Zusammenarbeit mit den Ländern sollen außerdem Wohngeldzahlungen an Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge vereinfacht werden. Diese Änderungen und die im Wohngeldbericht festgestellte große Fehlerquote bei der Ermittlung des Wohngeldanspruches machen die Novellierung zum 1. Januar 1986 erforderlich.

BUNDESBAHN

Die Weichen für eine bessere Zukunft der Bahn sind gestellt

Mit der Bundesbahn hat die neue Bundesregierung ein seit Jahren ungelöstes Problem vorgefunden, das jetzt große Sorgen bereitet, erklärte MdB Dionys Jobst in der Debatte im Deutschen Bundestag. Die Bahn ist zu einem Haushaltsrisiko, zu einem Sprengsatz geworden. Dabei geht es nicht nur um Bundesleistungen in einer Größenordnung von 13,6 Milliarden DM im Jahr, sondern um einen Finanzbedarf von 18 bis 20 Milliarden DM im Jahr mit steigender Tendenz.

Während der Verlust bei der Bahn 1970 1,2 Milliarden, die Verschuldung 13 Milliarden und die Bundesleistung 3,9 Milliarden betragen haben, ist der Verlust 1982 auf 4,2 Milliarden, die Verschuldung auf 35,6 Milliarden und die Bundesleistung auf 13,4 Milliarden DM angestiegen.

Die Talfahrt bei der Bahn hat also nicht gestern begonnen. Seit einem Jahrzehnt rollt die Bahn in den finanziellen Ruin. 16 Jahre lang — von 1966 bis 1982 — haben SPD-Verkehrsminister die Verantwortung für die Verkehrspolitik getragen. In dieser Zeit ist die Bahn in Grund und Boden gewirtschaftet worden. Keine europäische Eisenbahn ist so in den Graben gefahren worden, wie die Deutsche Bundesbahn. Dies müssen sich die verantwortlichen Politiker für diese Zeit in das Stammbuch schreiben lassen.

Der SPD hat es an dem politischen Mut gefehlt, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Zahlreiche Konzepte wurden entwickelt und großspurig verkauft. Alle

sind aber nach kurzer Zeit geplatzt wie Seifenblasen. Mißachtet wurde der Strukturwandel in Wirtschaft und Verkehr.

Durch den Pkw und Lkw ist eine Revolution in Wirtschaft und Verkehr erfolgt. Die Bahn ist heute nicht mehr Rückgrat des Verkehrs, sie hat ihre Monopolstellung verloren. 1960 war nicht vorauszusehen, wie sich das Auto entwickelt. In den 70er Jahren war dies voraussehbar. Der Handlungsbedarf in der Verkehrspolitik ist deshalb in den 70er Jahren entstanden. Die CDU/CSU hat vor dieser Entwicklung und vor einer Politik des Diktates der leeren Kassen gewarnt.

Die Ursachen der Entwicklung bei der Deutschen Bundesbahn liegen in vier Defiziten.

- In einem politischen Entscheidungsdefizit: Es gab viele Pläne und Konzepte in den 16 Jahren, aber keine Entscheidung.
- In einem Strukturdefizit: Die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft sind zu Lasten der Konkurrenzfähigkeit der Bahn ergangen.
- In einem Investitionsdefizit: Die Investitionsquote der Deutschen Bundesbahn gemessen am Anteil der Investitionen an den Gesamtaufwendungen ist von 37 Prozent 1960 auf 13 Prozent 1980 gesunken.
- In einem Finanzierungsdefizit: Der Bundeshaushalt kann heute die finanzielle Ausstattung der Deutschen Bundesbahn nicht mehr sicherstellen.

Wir stehen heute vor der Entscheidung: Welche Bahn brauchen wir? Welche Bahn wollen wir? Welche Bahn können wir uns

leisten? Die CDU/CSU will eine Bahn, die ihre Aufgaben erfüllen kann, die sich behaupten kann: ein modernes, flexibles Verkehrsunternehmen.

Der Ruf nach Ordnungsmaßnahmen und nach Dirigismus hilft der Bahn nicht. Sie muß sich den geänderten Bedingungen anpassen und nicht umgekehrt. Der Grundsatz auf freie Wahl des Verkehrsmittels ist unverzichtbar. Durch politische Entscheidungen und Hilfen muß die Bahn in die Lage versetzt werden, ihre Weichen so zu stellen, daß sie auch in der Zukunft als leistungsfähiges Transportunternehmen sich behaupten kann.

Wenn wir wollen, daß die Bahn aus den roten Zahlen herauskommt, so muß dies zweigleisig erfolgen: Durch Einsparungen auf der einen Seite und durch erhebliche Investitionen auf der anderen Seite. Die Bahn braucht eine höhere Geschwindigkeit, mehr Qualität und Pünktlichkeit.

Dies erfordert verbesserte Strecken, schnellere Rangierbahnhöfe und modernes rollendes Material. Zu den Neubaustrecken gibt es keine Alternative. Wer die Zukunft der Bahn bejaht, muß ein Ja zu den Neubaustrecken sagen. Die Sanierung der Bahn gelingt nur, wenn es ermöglicht wird, die Modernisierung der Bahn zügig voranzutreiben. Die Zukunft der Bahn liegt im großströmigen automatisierbaren Personen- und Güterverkehr.

Das Bahnkonzept des Bundesverkehrsministers ist ein erster Schritt. Die wirtschaftlichen Ziele des Vorstandes, bis 1990 die Arbeitsproduktivität um 40 Prozent real zu erhöhen, die Gesamtkosten um 25 Prozent und die Personalkosten um 30 Prozent real zu senken, findet die nachhaltige Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Deutsche Bundesbahn braucht eine Investitions- und Finanzperspektive. Mit Sparen allein ist die Deutsche Bundes-

bahn als wichtiger Verkehrsträger nicht zu sanieren. Verkehrspolitik ist entscheidend Investitionspolitik. Nur zusätzliche Investitionen und Zukunftsinvestitionen machen die Bahn leistungsfähiger.

Nach dem Bahnkonzept der Bundesregierung findet ein Rückzug aus dem flachen Land nicht statt. Die Diskussion über Streckenstilllegungen führt immer auf Nebengleise. Die Kosten der Bahn fallen im Kernbereich ihres Netzes zum größten Teil an. Deshalb muß dieser Kernbereich verbessert werden. Streckenstilllegungen sind kein Allheilmittel. Sie werden sich auch in der Zukunft wie in der Vergangenheit nicht vermeiden lassen. Die Entscheidung über den Erhalt einer Strecke trifft die Bevölkerung und die Wirtschaft. Verkraftungen darf es nur dort geben, wo Verbesserungen für die Bevölkerung bei einer Busbedienung erfolgen. Die Gesamtstilllegung darf nur ein letztes Mittel sein. Dabei muß ein Gesamtkonzept vor gelegt werden, aus dem sich ergibt, wie die nachteiligen Folgen für die Region ausgeräumt werden. Eine Sanierung der Deutschen Bundesbahn darf nicht zu Lasten des ländlichen Raumes erfolgen.

Verluste schon gestoppt

Die Politik der Bundesregierung zeigt Erfolge. Es ist erfreulich, daß der Verlust 1983 um 400 Millionen DM niedriger aus gefallen ist gegenüber 1982 und daß die Verschuldung nicht weiter angestiegen ist. Hier gebührt dem Vorstand der Bahn besonderer Dank für die mutige Arbeit.

Die Weichen für eine bessere Zukunft der Bahn sind gestellt. Der Zug muß jetzt unter Dampf gesetzt werden. Unternehmensführung, Mitarbeiter, Gewerkschaf ten und die Politik sind jetzt gefordert. Aber auch die Bürger und die Wirtschaft müssen die guten Leistungen der Bahn annehmen.

BUNDESPARTEI

CDU ehrt Kurt Georg Kiesinger

Mit einem Empfang, zu dem mehr als tausend Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gekommen waren, hat die CDU den 80. Geburtstag ihres Ehrenvorsitzenden, Altbundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, gefeiert. In seiner Laudatio führte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, unter anderem aus:

Kurt Georg Kiesinger ist in der CDU einer der ältesten an Wirkungsjahren, und zwar von Anfang an immer in der vordersten Linie. Ohne Zweifel war in der Nachkriegszeit Konrad Adenauer die überragende Persönlichkeit in der CDU. Aber es schmälert die Bedeutung Adenauers überhaupt nicht, wenn man darauf aufmerksam macht, daß Kurt Georg Kiesinger zu den Männern gehört, die das Wirken Adenauers stärkten und mitunter erst ermöglichten.

Durch das politische Leben Kurt Georg Kiesingers zieht sich wie ein roter Faden seine Begabung für und seine Liebe zur Außenpolitik. Bis 1958 gab es im Deutschen Bundestag keine außenpolitische Debatte von Bedeutung, an der Kurt Georg Kiesinger nicht beteiligt gewesen wäre. Mancher von den Jüngeren, die diese Zeit nicht aus eigener Anschauung kennen, haben diese Jahre als die „geruhigen 50er“ bezeichnet. Welches Mißverständnis! Wer sich die Mühe macht, die Debattenbeiträge des Abgeordneten Kiesinger aus jenen Jahren noch einmal nachzulesen, der bekommt zwischen jeder Zeile zu spüren, wie sehr diese Jahre ein Kampffeld heftigster, leidenschaftlich-

ster Auseinandersetzungen um ganz große Fragen waren.

Das war die Zeit der großen Alternativen. Die Westorientierung der Bundesrepublik, die europäische Einigung, die europäische Verteidigungsgemeinschaft, der Eintritt in das Nordatlantische Bündnis: das waren Entscheidungen, die bis in die Politik des Jahres 1984 hineinreichen und über das Heute hinaus fortwirken werden.

Wenn heute die Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigtes Mitglied der westlichen Völkergemeinschaft ist, kann Kurt Georg Kiesinger für sich in Anspruch nehmen, zu den geistigen Vätern dieses Erfolges zu gehören. Er war einer der Architekten deutscher Außenpolitik.

Unvergessen ist der Satz aus seinem Schreiben an Willi Stoph vom 13. Juni 1967: „Die Realität, die Sie und ich anerkennen müssen, ist der Wille der Deutschen, ein Volk zu sein.“

Zu dem Empfang im Konrad-Adenauer-Haus waren neben zahlreichen Kabinettsmitgliedern auch die Parteivorsitzenden Willy Brandt (SPD), Franz Josef Strauß (CSU) und Hans-Dietrich Genscher (FDP) sowie Altbundespräsident Walter Scheel erschienen. Bundespräsident Karl Carstens, der wegen einer Grippe nicht kommen konnte, beglückwünschte Kiesinger in seiner verteilten Rede auch wegen seiner großen wirtschaftlichen Erfolge als Kanzler. Carstens, der 1968 Kanzleramtschef war, nannte Kiesinger einen „Mann von hoher, geistiger Bildung“, der es verstanden habe, den Verstand und die Herzen seiner Zuhörer anzusprechen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Brandt als Scharfmacher

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat sich an die Spitze jener Funktionärsminderheit im DGB geschwungen, die — koste es, was es wolle — für eine Wochenarbeitszeit von 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich kämpfen. Daß er und seine Gefolgsleute dabei gegen die Interessen der Arbeitnehmer und den erklärten Willen der Mehrheit handeln, schert sie wenig. Alle seriösen Umfragen zum Thema Arbeitszeitverkürzung machen eins deutlich: nur eine Minderheit der Arbeitnehmer will die 35-Stunden-Woche. Die überwältigende Mehrheit plädiert für eine flexible Lebensarbeitszeit, wie sie die Regierung Kohl vorgeschlagen hat.

Brandt läßt es ebenso kalt, wie die Warnungen der Fachleute vor den fatalen Folgen eines Streiks. Obwohl die Erkenntnis inzwischen Allgemeingut ist, daß nichts dem Wirtschaftsaufschwung so schadet wie ein langfristiger Arbeitskampf, fordert

Brandt den Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Als Scharfmacher und Agitator stellt er sich auf die Seite jener DGB-Funktionäre, für die die Verkürzung der Wochenarbeitszeit weniger eine soziale als eine machtpolitische Forderung ist.

Brandt macht Front gegen die Realisten im DGB. Gegen jene Gewerkschaftsführer, die — wie zum Beispiel die Vorstände der IG Bau und der IG Chemie — die Durchsetzung der Mehrheitsmeinung ihrer Mitglieder für wichtiger halten, als das Diktat einer Funktionärsminderheit. Nicht Partnerschaft ist Brandts Parole, sondern Klassenkampf. Die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer sind ihm schnuppe. Brandt geht es um die Polarisierung, um den Konflikt, nicht um den Konsens.

Gegen die erfolgreiche Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Regierung kann Brandt mit parlamentarisch-politischen Mitteln nicht angehen. Deshalb soll jetzt mit Streik das Resultat dieser Politik, der wirtschaftliche Aufschwung, die Begrenzung der Arbeitslosigkeit und die wieder gewonnene Stabilität der Mark angegriffen und nach Möglichkeit zerstört werden. Deutschland-Union-Dienst 9. 4. 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.